

# Ein Drittel findet die Behörden kleinlich oder eher kleinlich

**Eine Studie der FHS St. Gallen zeigt die Belastung durch Regulierungen im Thurgau auf**

Studierende der Fachhochschule (FHS) St. Gallen haben im Auftrag unserer Kammer untersucht, wie stark sich die Unternehmen im Kanton Thurgau durch Regulierungen beeinträchtigt fühlen. Ein zentrales Element der Studie bildete die Frage, ob die Behörden ihren Ermessensspielraum zu Gunsten oder zu Lasten der Unternehmen nutzen.

Von Peter Maag

Die Anregung zur Studie kam von unserer Kompetenzgruppe für Wirtschaftspolitik, die von Dominik Hasler, Weinfelden, geleitet wird. Diese stellt mit Sorge eine wachsende administrative Belastung im Geschäftsalltag fest. Die Studie basiert auf 14 Experteninterviews und einer Umfrage unter den IHK-Mitgliedunternehmen. Untersucht wurden die Themenfelder Arbeitsrecht, Baurecht, Strassen- und Verkehrsrecht, Lebensmittelhygiene sowie Energie- und Umweltrecht.

53 Prozent der Unternehmen gaben eine eher hohe bis sehr hohe Belastung durch Regulierungen an. Dabei konnten keine signifikanten Unterschiede bezüglich Branche oder Unternehmensgrösse festgestellt werden. 16,5 Prozent der Teilnehmenden sind mit den kantonalen Behörden nicht zufrieden. Hingegen gaben 80 Prozent der Unternehmen an, eher zufrieden bis sehr zufrieden zu sein. Eine relativ hohe Unzufriedenheit zeigte sich im Bereich des Handels.

Zudem ergab ein Standortvergleich, dass weltweit aufgestellte Unternehmen mit der Thurgauer Verwaltung signifikant zufriedener sind als Unternehmen, die nur im Kanton Thurgau oder der restlichen Schweiz angesiedelt sind.



Das FHS-Studierendenteam mit Benjamin Feldmann, Julia Zuberbühler, Moira Oberbeck und Marcel Meier.

## Verhalten der Thurgauer Behörden

Rechtsnormen räumen den behördlichen Entscheidungsträgern oft gewisse Freiheiten bei der Rechtsanwendung ein. Im Rahmen der Studie wurde untersucht, ob dieser Ermessensspielraum zu Gunsten oder zu Lasten der Unternehmen genutzt wird. Rund 33 Prozent der befragten IHK-Mitglieder gaben an, dass sie die Entscheidungsfindung der Thurgauer Behörden als kleinlich bis eher kleinlich empfinden. Knapp 50 Prozent empfinden die Behörden dagegen als eher grosszügig bis grosszügig. Dabei zeigte sich erneut,

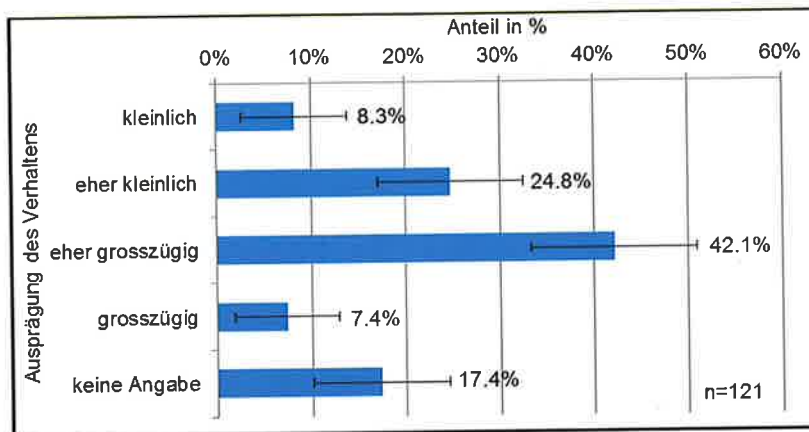
dass Unternehmen mit internationalen Standorten das Verhalten der Behörden als grosszügiger bezeichnen als Unternehmen nur mit Thurgauer Standort. Unternehmen mit einem Umsatz von CHF 1 bis 5 Millionen Franken nahmen zudem das Verhalten der Behörden als kleinlicher wahr als die Firmen in den übrigen Umsatzsegmenten.

Bei der Frage, ob die Behörden ihren Ermessensspielraum zu Gunsten oder zu Lasten der Unternehmen auslegen, kommt die Studie zu keinem abschliessenden Ergebnis. In den Teilgebieten Bau- und Arbeitsrecht bestehen jedoch Indizien dafür, dass der Spielraum nicht zu Gunsten der Unternehmen genutzt wird. Diese Schlussfolgerung resultiert einerseits aus den subjektiven Einschätzungen der Unternehmen. Sie wird andererseits auch durch qualitativ erhobene Praxisbeispiele unterlegt, die in Form von Experteninterviews durchgeführt wurden.

## Investitionen nicht getätigt

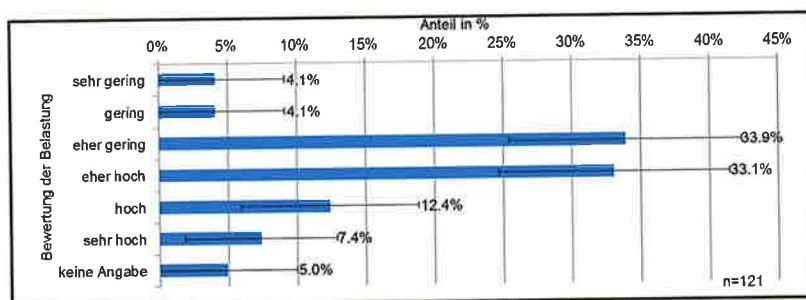
Die Auswertung zeigte weiter, dass in den drei Themenfeldern Arbeitsrecht, Energie- und Umweltrecht sowie Baurecht die Beeinträchtigung am grössten ist. Vor allem im Bau- und Umweltrecht können kleinliche Behördenentscheide gravierende Auswirkungen haben, weil sie oft mit hohen

## Verhalten der Behörden bei Entscheiden



Rund ein Drittel der Unternehmen nimmt das Verhalten der Behörden als «eher kleinlich» oder «kleinlich» wahr, rund die Hälfte als «eher grosszügig» oder «grosszügig».

## Durchschnittliche Belastung durch Regulierungen



Mehr als die Hälfte der Unternehmen stuft die Belastung durch Regulierungen als «eher hoch», «hoch» oder «sehr hoch» ein.

Kostenfolgen verbunden sind. Thematisiert wurden hier von den Unternehmen die Altlasten, die Behindertengerechtigkeit, der Brandschutz, die Baugesuchsverfahren, der Denkmalschutz und die Raumplanung.

Behördenentscheide insbesondere im Bereich des Baurechts können zudem dazu führen, dass Investitionen überhaupt nicht getätigt, in einen anderen Kanton oder ins Ausland verschoben werden. Als besonders sensibel entpuppten sich in dieser Hinsicht die Umsetzung von Brandschutzvorschriften, das Baugesuchsverfahren und die Raumplanung generell.

### Hinweise für Verbesserungen

Ist die Verwaltung nun ein Freund oder ein Feind der Unternehmen? Die vorliegende Untersuchung scheint zur Antwort zu geben: Weder-noch. Die Resultate legen offen, dass 16.4 Prozent der Unternehmen unzufrieden sind. Rund ein Drittel erfahren die Behörden als kleinlich. Dieser Befund wäre bei einer Kundenzufriedenheitsumfrage eines Unternehmens klar unbefriedigend oder gar alarmierend. Ein solches Ergebnis würde nach Verbesserungen rufen. Die Studie zeigt somit, dass im Kanton Thurgau ein Problem bezüglich der Regulierungsthematik und der zu-

nehmenden Regulierungsflut besteht. Im Grossen und Ganzen arbeiten die kantonalen Behörden jedoch gut. Daraus resultiert der hohe allgemeine Zufriedenheitsgrad. Konkrete Ansätze und Hinweise für Verbesserungen ergeben sich in erster Linie aus den Experteninterviews, die von den Studierenden der FHS St. Gallen geführt wurden.

### Lange Bearbeitungsdauer

Die Projektgruppe hat bei den IHK-Mitgliedunternehmen die Anzahl Wochen erfragt, die sie als angemessene Bearbeitungszeit ihres Anliegens von den kantonalen Behörden erwarten, ohne einen konkreten Fall vorzugeben. Die erwartete Bearbeitungsdauer lag durchschnittlich bei zwei Wochen, Bereichsübergreifend lässt sich sagen, dass die mittlere Bearbeitungsdauer für behördliche Entscheide stets länger ist, als sich dies die Unternehmen vorstellen.

Die Kompetenzgruppe Wirtschaftspolitik wird die Ergebnisse der Studie genau analysieren und einige konkrete Fälle aufarbeiten. Die Studie und die Fallsammlung sollen die Grundlage für konstruktive Gespräche mit den kantonalen Behörden bilden.

### Praxisprojekt der FHS St. Gallen

Im Rahmen eines Praxisprojektes mit dem Titel «Die Verwaltung: Freund oder Feind der Unternehmen» führte ein Studierendenteam der Fachhochschule St. Gallen, Hochschule für Angewandte Wissenschaften, im Auftrag der Industrie- und Handelskammer (IHK) Thurgau Interviews mit 14 Experten und eine Umfrage bei IHK-Mitgliedsunternehmen durch. Rund 600 Unternehmen wurden angeschrieben, 121 nahmen an der Umfrage teil. Von den teilnehmenden Unternehmen gehören 54 zur Industrie oder zum verarbeitenden Gewerbe, 41 zum Dienstleistungssektor, 12 zum Handel und 10 zum Baugewerbe. Dies bildet in etwa die Mitgliederstruktur der IHK Thurgau ab.